



Appell des VU-Parteipräsidiums

Die DpL-Initiative zur Direktwahl der Regierung hält nicht, was sie verspricht.

Seite 4



Auf dem Podium bei Zeit für Liechtenstein fand eine angeregte Diskussion statt: Moderatorin Tanja Cissé, Vorsteher Johannes Hasler, VCL-Präsident Georg Sele, Move.li-Präsident Karlheinz Ospelt und Regierungsrätin Graziella Marok-Wachter.

Foto: Gianluca Urso



Zum Video

Zeit für Liechtenstein: Gute Verkehrspolitik braucht Mehrheiten in der Bevölkerung

Bei «Zeit für Liechtenstein» wollte Infrastrukturministerin Graziella Marok-Wachter wissen, wie wir für Massnahmen im Verkehrsbereich Mehrheiten in der Bevölkerung bekommen können. Die Diskussion war interessant und die Reaktionen zeigten, wie sehr das Thema Mobilität die Menschen bewegt.

«Wenn es einfache Lösungen gäbe, dann hätten wir keine Verkehrsprobleme.» Die Infrastrukturministerin ordnete einleitend die Herausforderungen im Zusammenhang mit möglichen Verkehrslösungen ein. Wo Raum knapp ist, bestehen immer mehrere Ansprüche an dieselbe Fläche. Soll man den Raum zum Beispiel für Landwirtschaft, Wald oder Wohnen nutzen? Diese Frage stellt sich auch in Bezug auf Verkehrsflächen. Wir werden aufgrund der beschränkten Platzverhältnisse sowie aus Kosten- und Nachhaltigkeitsgründen nicht unbeschränkt Strassen oder Tunneln bauen können. Die Bevölkerung würde es aber auch kaum akzeptieren, wenn wir das Autofahren durch verhaltenssteuernde Massnahmen wie Verbote oder hohe Auto- oder Parkplatzsteuern sehr unattraktiv machen würden. Unabhängig davon zeigt sich die Mi-

nisterin überzeugt, dass es eine Entlastung neuralgischer Punkte braucht. Dafür werden sowohl der Bau neuer Infrastrukturen als auch Massnahmen zum Erreichen von Verhaltensänderungen erforderlich sein. Da Projekte im Strassenbau lange Vorlaufzeiten haben, müssen wir uns jetzt Gedanken für die Zukunft machen: Wie sehen zukünftige Verkehrslösungen aus? Und wie finden wir mehrheitsfähige Lösungen?

Einen Blick in die Zukunft wagen

Im Rahmen der Diskussion erwähnten einige Gäste im Publikum, dass ihre Enkelkinder heute gar keinen Führerschein mehr machen wollen, weil sie lieber den öffentlichen Verkehr nutzen. Auch raumplanerische Fragen wurden angesprochen. Wo werden die grossen Arbeitsgebiete sein und die entsprechenden Pendlerströme verlaufen? Diesen

Aspekt betonte besonders der Vorsteher von Gamprin-Bendern, Johannes Hasler. Wenn wir sehen, wie sich der Verkehr wo entwickeln wird, können wir dort für die Zukunft die richtigen Massnahmen setzen, damit der Verkehr flüssiger wird und auch die richtige Verkehrsmittelwahl erfolgen kann.

VCL-Präsident Georg Sele ergänzte dahingehend, dass es gesünder sei, sich mit dem Fahrrad fortzubewegen, wenn die Distanzen und die Verkehrswege es zulassen. Die Menschen müssten von den Vorteilen des Radfahrens überzeugt werden. Die Infrastrukturministerin teilt die Meinung, dass Fahrradfahren die Gesundheit fördert und die Strassen entlastet und Radwege daher gefördert werden müssen. Sie bezweifelt allerdings, dass wir unsere Verkehrssituation mit Aufklärungsarbeit für den Um-

stieg auf das Fahrrad grundlegend verändern können. Insbesondere bei schlechtem Wetter und im Winter wird für viele Menschen das Auto das Verkehrsmittel ihrer Wahl bleiben.

Klar wurde auch, dass der Ausbau der Infrastruktur viel Platz und Ressourcen benötigt. Auch die Themen Natur- und Landschaftsschutz sind zu berücksichtigen, weshalb neue Strassen nicht überall mit Freude gesehen würden.

Ein zukunftsweisendes Projekt

Nur, wenn wir die Bedürfnisse der Zukunft möglichst gut antizipieren und die unterschiedlichen Interessen entsprechend gegeneinander abwägen, werden wir gute Lösungen erreichen können. Lösungen, die auch mehrheitsfähig sind, hielt die Infrastrukturministerin fest. Denn damit hatte Move.li-Präsident Karlheinz Os-

pelt recht: In der jüngeren Vergangenheit gab es nur für den Industriezubringer in Schaan ein Ja bei einer Abstimmung auf Landesebene.

Die Regierung hat in diesem Sommer mit dem Projekt «Raum und Mobilität 2050» mit Rückenwind aus einer Postulatsbeantwortung nun einen neuen Anlauf genommen, um langfristige Lösungsansätze für unsere Mobilitätsfragen zu erarbeiten. Der Anspruch dabei ist, Lösungen für die Zukunft zu finden, die von einer Mehrheit unterstützt werden. Das Projekt soll kein «Papiertiger» werden.

Die Ministerin zeigt sich motiviert, die Themen anzugehen und freut sich auf Vorschläge und innovative Ansätze in den bestellten Arbeitsgruppen und aus der Bevölkerung. Sie ist überzeugt, dass Handlungsbedarf betreffend langfristiger Lösungen besteht. ■



Der Landtag war prominent bei der Veranstaltung vertreten.



Beim Apéro wurde die Veranstaltung noch einmal intensiv diskutiert.

Impressum «klar.»

Herausgeberin: Vaterländische Union
Redaktion: Michael Winkler
Druck: Samedia Partner AG, 9469 Haag
Adresse: Vaterländische Union, Parteilsekretariat, Wilhelm Beck Haus, Fürst-Franz-Josef-Strasse 13, 9490 Vaduz
Redaktion: Tel. +423 239 82 82, E-Mail: michael.winkler@vu-online.li, Internet: www.vu-online.li



Vaterländische Union

Ausleitkraftwerk: Hohe Kosten, grosser Schaden, wenig Nutzen

Wenn es einfache Lösungen gäbe, hätten wir sie bereits. Auf der Suche nach neuen Energiequellen ist man derzeit umtriebiger und so sehen die DpL das Heil in einem Ausleitkraftwerk, das nur etwas mehr als ein Prozent des heutigen Strombedarfs decken könnte. Gewässerspezialist Rainer Kühnis erklärt, warum das mit dem Kraftwerk nicht so einfach ist, wie es klingt.

Rainer, du wehrst dich wie die verschiedenen Umweltorganisationen und die Gemeinde Ruggell gegen die Pläne für ein Ausleitkraftwerk. Wäre die Erhöhung der Eigenversorgung nicht sinnvoll?

Rainer Kühnis: Klar wäre das gut. Ich bin selbst ein grosser Verfechter davon, möglichst energieunabhängig zu werden. Nur werden wir durch dieses Kraftwerk nicht nur keine grossen Sprünge machen, sondern vermutlich mehr Schaden anrichten als Nutzen generieren. Darum müssen wir uns solche Schritte wirklich genau überlegen.

Welchen Schaden meinst du?

Im Staubereich von Wasserkraftwerken kommt es zur Verschlamung und zur Entwicklung von Faulgasen. Da beim DpL-Projekt südlich von Bendern Wasser aus dem Rhein in den Kanal zugeführt werden soll, kommt es wohl zusätzlich auf einer längeren Strecke des Kanals zu einer Verschlamung, denn Rheinwasser ist durch den Kraftwerksbetrieb der Oberlieger mehrheitlich trübe und mit Schwebstoffen durchsetzt. Dies im Gegensatz zum Kanalwasser, welches klar ist – ausser bei Unwetter und Starkregen. Man würde sozu-

sagen Schlamm aus dem Rhein in unser wichtigstes Binnengewässer importieren.

Und was würde das bedeuten?

Der geplante Kraftwerksperimeter führt über eine längere Strecke durch eine Wasserschutzzone, zu der auch der jetzige Kanal und der Auenwald gehören. Flüsse und das Grundwasser bilden eine Einheit. Wenn nun trübes Rheinwasser oberhalb dieser Schutzzone in den Kanal eingeleitet wird, kann dies nicht nur zur Verschlamung der Kanalsohle führen, sondern auch des Naturschutzgebiets Gampriner Seeleiner und des Ruggeller Mühlebachs. Denn diese werden mit Kanalwasser gespeist. Das könnte einen negativen Einfluss auf das Grundwasser haben, weil dann die Einheit zum Fluss unterbrochen wird. Und das Grundwasser ist ja unser Trinkwasser. Es stellt sich die Frage, ob man das riskieren will. Ich denke nicht.

Eingriffe in die Natur müssen laut Gesetz kompensiert werden. Wie kann das gelingen?

Durch die EWR-Mitgliedschaft und die EU-Wasserrahmenrichtlinie ist Liechtenstein dazu verpflichtet. Letztere sieht bei Gewässereingriffen ein Verbesserungsgebot und ein Verschlechterungsverbot vor. Da der Auenwald und der Mündungsbereich zu den wertvollsten und artenreichsten Lebensräumen des Landes gehören, müssten dafür anderorts mindestens gleichwertige Ausgleichsmassnahmen geschaffen werden. Da der freie Boden im Land bekanntlich sehr knapp ist, müsste dafür wohl wertvoller Landwirtschaftsboden geopfert werden. Hier müsste man sich dann fragen, ob man den Selbstversorgungsgrad der Landwirtschaft – aktuell liegt



Rainer Kühnis ist Co-Vorsitzender der VU Vaduz. Der Fachmann für Biodiversität hat sich in seiner Aus- und Weiterbildung an der ZHAW auf die Förderung naturnaher Lebensräume und besonders auf Gewässer spezialisiert.

Foto: zvg

Weitere Infos zur Person unter: netzwerknatur.li/rainer-kuehnis

er bei ca. 45 Prozent – zugunsten einer kleinen Zunahme der Stromeigenproduktion opfern möchte.

Die DpL haben verkündet, dass man das alles berücksichtigen könne. Man könne es auch CO₂-neutral bewerkstelligen.

Ein Hektar Wald speichert pro Jahr etwa 6 Tonnen CO₂. Wenn in Ruggell nun mehrere ha Wald einem Stausee weichen, ist diese CO₂-Speicherung weg. Auch der Bau des Kraftwerks mit Zement und Beton ist alles andere als CO₂-neutral. Bei der ganzen Diskussion um Klimaneutralität muss man hin und wieder erklären, dass das Bauen eine der grössten Klimasünden ist. Darum kann ich mir das nicht vorstellen.

Du bist Präsident des Fischereiver eins Liechtenstein. Was bedeutet so ein Eingriff für die Fische?

Das Kraftwerk würde die bisherige hindernisfreie Fischwanderung stark beeinträchtigen und für viele Arten verunmöglichen. Aber nicht

nur die Fische würden unter so einem Eingriff leiden. Auf dem behördenverbindlichen Landesrichtplan ist beim jetzigen Mündungsbereich eine Hauptachse für Wandertierarten eingezeichnet. Diese würde durch den Stausee ebenfalls gestört.

Was würdest du tun, wenn du als Abgeordneter im Landtag über die Überweisung abstimmen müsstest?

Mir ist klar: Wenn das Postulat nicht überwiesen wird, kann das zur Stimmungsmache verwendet werden und man würde behaupten, dass man aus irgendwelchen Gründen nicht an Lösungen interessiert sei. Aber allein die Untersuchung des Postulats durch Fachleute und Staatspersonal würde viel Geld und Zeit verschlingen. Dies, obwohl bereits jetzt viele Problembereiche bekannt sind und das Kraftwerk keinen nennenswerten Beitrag zur Eigenversorgung leisten würde. Im Gegenteil: Es gefähr-

«Das Vorhaben kann den Selbstversorgungsgrad der Landwirtschaft und die Trinkwasserversorgung gefährden.»

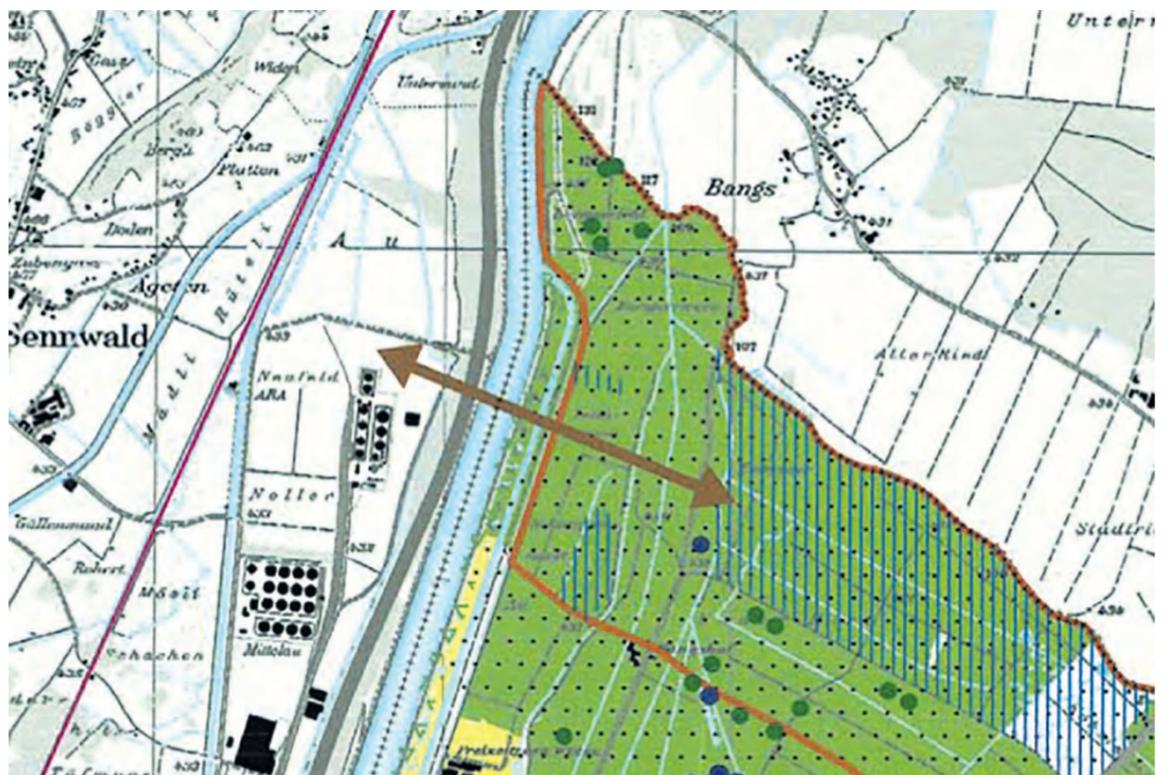
det unter Umständen sogar den Selbstversorgungsgrad der Landwirtschaft und die Trinkwasserversorgung. Ich bin ein betriebswirtschaftlich denkender Mensch und rechne die Kosten gegen den Nutzen. Ich würde klar mit Nein stimmen. ■

«Man würde Schlamm aus dem Rhein in unser wichtigstes Binnengewässer importieren.»



Auf einem wesentlichen Kanalabschnitt des geplanten Kraftwerksperimeters befindet sich ein Wasserschutzgebiet.

Karte: Geodaten.llv.li



Der Landesrichtplan weist an der betreffenden Stelle einen Wildkorridor (brauner Pfeil) aus. Ein Kraftwerk wäre ein starker Eingriff.

Karte: Landesrichtplan



Die Protagonisten der Pilotfolge «Klar.Text. Der Podcast der VU»: Daniel Risch, Thomas Zwiefelhofer und Tanja Cissé.

Foto: Daniel Ospelt

Daniel Risch: «Das beste Land der Welt? Damit können wir leben»

Als neue Diskussionsplattform hat die VU vergangene Woche den Podcast «Klar.Text» lanciert. In der ersten Folge sprechen Regierungschef Daniel Risch und Parteipräsident Thomas Zwiefelhofer mit Tanja Cissé unter anderem über aktuelle politische Themen im Herbst, den Zustand der Vaterländischen Union und Jan Böhmermann.

«Papa, losisch du immer no Radio? Warum ned Podcast?» Diese Frage inspirierte Parteipräsident Thomas Zwiefelhofer, einen Podcast aufzunehmen. Das soll nun ein weiteres Gefäss sein, über das sich Politikinteressierte informieren können.

Gute Halbzeitbilanz

Sowohl Partei als auch Regierung ziehen eine positive Zwischenbilanz nach zwei Jahren der Legislatur. «Wir durften einige tolle Erfolge verbuchen», freut sich Thomas Zwiefelhofer. Nun sei es an der Zeit, sich zu überlegen, wie man in den nächsten Jahren fit bleibt – auch im Hinblick auf die nächsten Wahlen. So werde nächstens ein grosser Partei-Workshop stattfinden, der die weitere Ausrichtung der Partei bestimmen wird. «Die Partei ist topfit und motiviert, weiterzuarbeiten.»

Daniel Risch ist ebenfalls zufrieden damit, dass die Punkte des Regierungsprogramms gut abgearbeitet sind. «Wir sind gut unterwegs. Wir spüren aber auch Unzufriedenheiten», erklärt er. Und dann sei es nötig, mehr Überzeugungsarbeit zu leisten.

Das Land weiterbringen

Am Puls der Bevölkerung zu sein, ist für den Parteipräsidenten das A und O in der politischen Arbeit. Dafür sei die breite Vernetzung der Partei wichtig. Über die verschiedenen Gremien habe die Partei gute Sensoren. Sie gebe die Stimmung an die Entscheidungsträger weiter. «Die Stimmung der Bevölkerung an unsere Fraktion und die Regierung weiterzugeben, sehe ich als Aufgabe einer Volkspartei.»

Es sei nicht immer einfach zu filtern, was die Menschen bewegt und woran man das festmacht, findet der Regierungschef. In seinem Posteingang waren es in den letzten Wochen insbesondere Mails zur globalen Mindeststeuer, obwohl das die Mehrheit der Bevölkerung nicht direkt bewegt. Darum sei es wichtig, den Blick auf das grosse Ganze nicht zu verlieren und zu schauen, woran man die Prioritäten festmache. Bei allen Sorgen liege ihm etwas am Herzen: «Es ist wichtig, dass die Menschen in diesem Land das Gefühl haben, dass das Land gut geführt wird.» Wenn man nur die Leserbriefle lese, könnte man meinen, wir seien am Ende. «Pri-

vat hört man dann schon öfter: «Uns geht's schon gut hier.» Wir wollen das Land weiterbringen. Wir wollen die guten Dinge erhalten und die Dinge, die nicht so gut sind, verbessern.»

Aufklärung hilft auch bei schwierigen Fragen

Im Podcast besprechen Thomas Zwiefelhofer und Daniel Risch auch aktuelle Themen: Dass die VU gegen den DpL-Vorschlag zur Volkswahl der Regierung ist, ist kein Geheimnis. «Wir sind nicht per se gegen mehr Demokratie, aber dieser Vorschlag geht nicht», erklärt Zwiefelhofer. Der Regierungschef ergänzt, dass die Bevölkerung heute schon ein sehr starkes Mitspracherecht hat, weil die Parteien offenlegen, wer ihre Kandidatinnen und Kandidaten sind. Da werde ein wenig getäuscht.

Auch das Schlagwort «Verbotskultur» sei derzeit modern. Besonders, wenn es um die Vorlagen zur PV-Pflicht und zum «Heizgesetz» gehe. «Wenn man fragt: «Willst du Verbote», ist die Antwort klar. Es ist aber wohl auch nicht die Definition von Freiheit, im Jahr 2023 beziehungsweise

2035 eine Ölheizung einzubauen», führt Daniel Risch aus. Es sei die Kunst, in dieser schnelllebigen Zeit komplexe Sachverhalte auf den Punkt zu bringen.

Es gebe schon viele Verbote und Gebote. Das sei nichts Neues. Die Situation sei derzeit aber enorm emotional angeheizt – da würden auch Klimakleber und andere provokante Beiträge zum Thema keine Entspannung bewirken. «Ich hoffe, dass sich die Sache auch wieder beruhigt und dass wir rational darüber diskutieren können», führt der Parteipräsident aus. «Ich bin kein Fan von jedem Verbot, aber wenn es gut begründet ist, sind auch die Liechtensteiner dafür zu haben.» Es gebe aber Kräfte, die jede Gelegenheit nutzen, um auf die Pauke zu hauen und hineinzuschiesen. Dann brauche es Gelassenheit und Geduld, zu warten, bis sich der Pulverdampf verzogen hat. «Wir führen die Debatten, die es braucht. Wir müssen in der Demokratie unterschiedliche Meinungen aushalten.»

«Das beste Land der Welt»

Apropos Demokratie: Angesprochen auf die Sendung «ZDF

Magazin Royale» von Jan Böhmermann über Liechtenstein reagierten die Politiker gelassen. «Wenn ich ausklammere, dass das ein Satiremagazin sein soll, freue ich mich natürlich, dass im ZDF gesagt wird, dass Liechtenstein aber immer noch das bessere Land sei als Deutschland», sagt beispielsweise der Regierungschef. «Das beste Land ... – damit können wir gut leben.» ■

Fragen an die VU? Gerne nehmen wir unter info@vu-online.li eure Fragen und Anregungen entgegen und nehmen sie in der nächsten Folge von «Klar.Text.» auf.



NEIN zum DpL-Vorschlag der Direktwahl der Regierung

Das Präsidium der VU hat sich in seiner letzten Sitzung ausführlich mit der angekündigten Volksinitiative der Demokraten pro Liechtenstein (DpL) zur Direktwahl der Regierung beschäftigt. Fazit: Die Initiative kann nicht halten, was sie verspricht. Deshalb lehnt das VU-Präsidium sie klar ab.

Obwohl die Unterschriftensammlung und eine eventuelle Volksabstimmung noch bevorstehen, erachtet es das Präsidium der VU als wichtig, bereits vor der Unterschriftensammlung auf die Gefahren dieses massiven Eingriffs in das bewährte liechtensteinische politische System hinzuweisen.

Das Präsidium der VU lehnt die angekündigte Volksinitiative der DpL zur Direktwahl der Regierung einstimmig und mit aller Deutlichkeit ab, weil Anspruch und tatsächliche Wirkung diametral auseinanderliegen, und zwar aus folgenden Gründen:

1. DpL-Behauptung: Die Stellung des Fürsten wird durch die vorgesehene Direktwahl der Regierungsmitglieder nicht geschwächt.

→ **Fakt: Die Stellung des Fürsten bzw. Erbprinzen wird deutlich geschwächt!**

Da heute die Regierung vom Landtag – der Volksvertretung – vorgeschlagen und vom Landesfürsten ernannt wird, wirken die beiden Souveräne zusammen und die Regierung ist beiden gegenüber verantwortlich. Der Landesfürst bzw. sein Stellvertreter kann heute die Regierung bzw. einzelne Mitglieder absetzen. Dies soll zwar auch nach der geplanten Anpassung zur Direktwahl der Regierung so bleiben. Wenn die Regierungsmitglieder aber direkt vom Volk gewählt werden, wird eine solche Absetzung faktisch unmöglich oder zumindest viel schwieriger, weil der Fürst sich damit dem Volkswillen widersetzt. Zudem: Ein von beiden Wahlkreisen gewählter Regierungschef wird gleichsam zu einem gewählten «Fürsten», seine Position wird gegenüber dem Parlament und dem Fürstenhaus massiv gestärkt. Er ist der einzige vom ganzen Volk gewählte Politiker und damit praktisch unangreifbar.

2. DpL-Behauptung: Der Landtag wird nicht geschwächt.

→ **Fakt: Der Landtag wird geschwächt!**

Mit einer Volkswahl der Regierung wird der Landtag praktisch ausgeschaltet und zum «Durchwink-Gremium»: Eine vom Volk di-

rekt legitimierte Regierung wird kaum auf Widerspruch des Landtags treffen. Wenn es hart auf hart kommt, zieht der Landtag den Kürzeren, weil die Machtstellung der Regierung enorm ausgebaut wird.

3. DpL-Behauptung: Mehr Chancen: Jeder kann kandidieren.

→ **Fakt: Gefahr von Querschlägern in Regierungsfunktionen wird grösser.**

Heute definieren die Parteien mit ihren demokratischen Prozessen, wer für ein solches Amt geeignet ist und wer weniger. Es entscheiden nicht die «Parteiobere», sondern grosse Parteigremien (Ortsgruppen, Präsidium, Parteitag) über die Kandidaten. Damit übernehmen Parteien eine wichtige Funktion der Vorauswahl, natürlich auch ohne «Garantie» der Vermeidung von Fehlgriffen. Aber wenn ein «wilder Kandidat» für ein Regierungsammt kandidiert, steigt das Risiko, dass ungeeignete Kandidaturen, sogar vielleicht Spasskandidaturen, vorkommen. Heute wird das System von den Parteien und deren Vorauswahl stabilisiert. Trotz einzelner Problemfälle in jüngerer Vergangenheit zeigen die letzten 100 Jahre insgesamt die Zuverlässigkeit des Systems.

4. DpL-Behauptung: Das Volk bestimmt neu die Regierung und nicht «Parteiobere».

→ **Fakt: Amerikanisierung der Wahlkämpfe und Personenkult nehmen zu.**

Heute müssen sich Regierungsmitglieder bei ihrer Kandidatur dem Auswahlprozess ihrer Partei stellen, und sie hängen schliesslich von der Akzeptanz der gewählten Volksvertreter ab. Das dämpft zu grosse Ambitionen und verhindert zu sehr auf Personen zugespitzte Wahlkämpfe – Liechtenstein braucht keinen Personenkult. Ein vom ganzen Volk gewählter Regierungschef bedeutet faktisch den Wechsel zu einem Präsidialsystem wie in Amerika oder Frankreich. Wollen wir Liechtensteiner das?

Und übrigens: Die in der Schweiz vom Volk gewählten kantonalen Regierungen kennen keinen gewählten «Chef». Der Vorsitz in der

Regierung – wie auch im Bundesrat – wechselt in der Regel jährlich, niemand ist gewählter Regierungschef einer Kantonsregierung. Personenkult wird damit verhindert. Der DpL-Vorschlag ignoriert dieses wichtige Detail des Schweizer Systems in den Kantonen.

5. DpL-Behauptung: Der Systemwechsel ändert nichts an der Stabilität.

→ **Fakt: Experimente bringen Unsicherheit statt Stabilität.**

Seit 100 Jahren kennt Liechtenstein ein gut austariertes Spiel der Kräfte. Unsere Verfassung garantierte uns bislang Stabilität und Wohlstand. Ein solch massiver Eingriff in ein gut funktionierendes System setzt letztlich die Stabilität, den Erfolg und den Wohlstand des ganzen Landes aufs Spiel. Die VU lehnt solche Experimente ab.

6. DpL-Behauptung: Der Systemwechsel stärkt das Wohl des Landes und schwächt die Interessen der «Grossparteien».

→ **Fakt: Auch die DpL sind eine Partei mit «Parteiobere». Auch die DpL haben Parteiinteressen.**

Geht es am Ende darum, den Einzug der DpL in die Regierung zu erleichtern? Zugegeben: In jedem demokratischen Land ist für kleinere Parteien der Einzug in die Regierung ein legitimes Ziel, aber nicht einfach zu erreichen. Durch das System der Bildung von Koalitionen müssen sich Parteien zusammenfinden und tragfähige Kompromisse für Mehrheiten suchen. Dadurch werden Extrempositionen abgefedert und stabile Mehrheitsverhältnisse geschaffen. Die Direktwahl der Regierungsmitglieder umgeht diesen Prozess und bringt singuläre, vielleicht auch extreme Positionen in die Regierung, was die Stabilität des Landes gefährden kann. Für die VU ist der Preis für diesen Vorschlag zu hoch. Die Risiken überwiegen die Vorteile. ■

→ **Fazit: Das Präsidium der VU lehnt den Vorschlag der DpL zur Direktwahl der Regierung klar ab und empfiehlt, die Initiative nicht zu unterstützen.**



Für das Präsidium
der Vaterländischen Union

Thomas Zwiefelhofer
Präsident